



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Fa-
milie und Gesundheit

29.08.2005

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.1
Gremium:		Beratungstermin:
Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit		30.08.2005

Tagesordnungspunkt

Umsetzung von Hartz IV - mündliche Vorstellung des Konzeptes zur Bekämpfung der Ju-
gendarbeitslosigkeit

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellen zu og. TOP folgenden An-
trag und bitten um Beratung und Beschlussfassung:

1. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit begrüßt die am 01.08.05 ge-
schlossene Rahmenvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und
Arbeit, der Bundesagentur und den kommunalen Spitzenverbänden zur Weiterent-
wicklung der Grundsätze der Zusammenarbeit der Träger der Grundsicherung in den
Arbeitsgemeinschaften gemäß § 44b SGB II.
Die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaften vor Ort und der
Kompetenzen der dezentralen Geschäftsführung ist der richtige Weg, die Startaufstel-
lung für die Arbeitsgemeinschaften zu verbessern.
2. Der Ausschuss geht davon aus, dass mit dieser Stärkung der dezentralen Verantwor-
tung die Arbeitsweise der Arge noch unbürokratischer und kundenfreundlicher gestal-
tet werden kann.
Die neue Rahmenvereinbarung eröffnet die Möglichkeit, nunmehr von den starren
Vorgaben der Bundesagentur zum Kundenzentrum der Zukunft abzugehen und sich
dem bewährten Arbeitsansatz der städtischen Sozialhilfedienste, soziale Dienstleistun-
gen aus einer Hand vor Ort mit fachkompetentem Personal anzubieten, anzunähern.
Gemäß der Rahmenvereinbarung erbringt die Bundesagentur für Arbeit auf Grund des
SGB II die Finanzabwicklung und den Zahlungsverkehr.
Die kommunalen Träger wirken bei der Festlegung der Prioritäten zur Beseitigung der
Mängel des eingesetzten Informations- und Datenvereinbarungssystems mit.
Das Festhalten am vorgegebenen Zahlungssystem der Bundesagentur ist zu überden-
ken.



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

3. Die Verwaltung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die Stadt Dortmund als kommunaler Träger in der Trägerversammlung zukünftig das entscheidende Stimmrecht wahrnimmt und damit die Führung und Verantwortung in der Arbeitsgemeinschaft übernimmt.
4. Der Ausschuss stellt fest, dass die Bundesagentur für Arbeit in der Gesamtverantwortung für die ihr vom Gesetzgeber übertragenen Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende verbleiben muss und lehnt die Kommunalisierung der Finanzierung der Betreuung von Langzeitarbeitslosen ab.

F.d.R.

Christian Uhr

Mit freundlichen Grüßen
Reinhold Giese

F.d.R.

Stefan Neuhaus

Mit freundlichen Grüßen
Birgit Unger